

**Nein zum Einmarsch der Türkei in Afrin
Deutsche Rüstungsexporte stoppen!**

5

*„Du. Forscher im Laboratorium. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst einen neuen Tod erfinden gegen das alte Leben, dann gibt es nur eins:
Sag NEIN!“*

Wolfgang Bochert, „Dann gibt es nur eins!“, 1947

10

Das Studierendenparlament verurteilt den Überfall des NATO-Mitglieds Türkei auf syrische Gebiete sowie die zynische Verharmlosung der Bundesregierung, die vor diesem Hintergrund auf *„legitime türkische Sicherheitsinteressen an der Grenze zu Syrien“* verweist. Hochgerüstet auch mit deutschen Panzern greift die Türkei demokratische Kräfte an, die in Syrien den Islamischen Staat bekämpft haben und gefährdet damit den Friedensprozess in der ganzen Region. Afrin ist bisher weitgehend vom Krieg in Syrien verschont geblieben und dient vielen Menschen der Region als Zufluchtsort, deren Leben nun erneut bedroht ist.

15

20

Das Studierendenparlament fordert, Waffenexporte an die Türkei sofort zu beenden und den Bau einer Panzerfabrik durch die in Düsseldorf ansässige Firma Rheinmetall zu stoppen.

25

Das Studierendenparlament unterstützt die Konsequenz, welche die RWTH Aachen aus einer publik gewordenen Machbarkeitsstudie der Hochschule für eine Panzerfabrik in der Türkei gezogen hat: Die RWTH hat diese Studie abgebrochen, ihre Verpflichtung zu friedlicher Forschung betont und ankündigt, keine Rüstungsforschung zu betreiben. Das Kölner Studierendenparlament fordert alle Hochschulen auf, das Erdogan-Regime in keiner Form zu unterstützen, Forschungsprojekte wie Kooperationen daraufhin zu überprüfen sowie keine Rüstungsforschung zu betreiben.

30

Das Studierendenparlament setzt sich für die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit sowie für die Freiheit aller politischen Gefangenen in der Türkei ein. Angesichts der beginnenden Scheinprozesse gegen die Wissenschaftler für den Frieden, die HDP und viele andere Oppositionelle wird die Kölner Studierendenschaft ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei fortsetzen und fordert die Hochschulen auf, sich ebenso dafür einzusetzen. Das Studierendenparlament will auch mit der Unterstützung von Delegationsreisen dafür wirken, dass Sharo Garip und alle Wissenschaftler für den Frieden in der Türkei freigesprochen werden.

35

40

Das Parlament bekräftigt seine Kritik an der menschenverachtenden Abschottungspolitik der Großen Koalition und seine Forderung, die Grenzen für alle Menschen zu öffnen und für Waffen zu schließen. Es kritisiert, dass ein Großteil der Asylanträge türkischer Bürger in Deutschland abgelehnt wird und tritt für ein Bleiberecht für alle türkischen Staatsbürgerinnen und -bürger in Deutschland ein. Von Abschiebung bedrohte Kommilitoninnen und Kommilitonen wird es unterstützen und fordert die Hochschule auf, dies ebenso zu tun.

45

Das Studierendenparlament unterstützt das Engagement und die Demonstrationen hierzulande gegen den Einmarsch der Türkei in Syrien und für die Wiederherstellung des Friedens und ruft die Studierenden zur Beteiligung auf. Zudem verurteilt es die Einschränkung der Demonstrations- und Meinungsfreiheit durch Politik und Polizei, wie wir sie bei der Demonstration in Köln am Samstag, den 27.01. beobachten mussten.

50

Der Beschluss soll an den Senat der Universität Köln, die Presse und an das LandesAstenTreffen verschickt werden.